



Antrag

der Fraktion der FDP

Keine Einführung eines Pflichtdienstes – Ehrenamt und Freiwilligendienste stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen die Einführung eines Pflichtdienstes aus, der einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der jungen Menschen darstellen würde und ein Verstoß gegen das Verbot der Zwangsarbeit und somit gegen die Europäische Menschenrechtskonvention wäre.

Der Landtag betont hingegen die gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes und der Freiwilligendienste und fordert die Landesregierung auf, durch sinnvolle und zielgerichtete Maßnahmen die Rahmenbedingungen für Ehrenamt und Freiwilligendienste weiter zu verbessern und sich zudem auf der Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen beim freiwilligen Wehrdienst einzusetzen.

Begründung:

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat deutlich gemacht, dass eine Dienstpflicht gegen das Verbot der Zwangsarbeit und somit gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen würde und somit unions- und völkerrechtswidrig wäre. Die Stärkung gesellschaftlichen Engagements sollte daher durch attraktive und ansprechende Rahmenbedingungen erfolgen und nicht durch Zwang.

Christopher Vogt
und Fraktion